

Aus Klimaschutz wird Menschheitsschutz

Heizungsgesetz: „Habeck gibt sich forsch“, FR-Politik vom 16. Juni

Konzepte zur Lebensgestaltung

Jetzt ist das Heizungsgesetz also in den Bundestag gelangt. Die Aufregung, die Lautstärke von Kampagnen, die Tonlage auf den Kundgebungsplätzen und die Beiträge der Normalbürger in schattigen Gastgärten zeigen, dass Klimaschutz in der persönlichen Betroffenheit im privaten Bereich eine andere Dimension erhält. Informationsverarbeitung und ihre Integration in Werterhaltung und Weltsicht geschieht in einer anderen Hirnregion, als die Planung und Ausführung einer konkreten Handlung.

Bei der Umgestaltung der Gebäudeheizung entsteht doch aber auch die Chance, staatliches Handeln wieder zu dem zu machen, was es sein soll. Die Exekutive eines gemeinschaftlichen Konsens aus demokratischem Diskurs. Die Abwicklung der kommunalen dezentralen Energieversorgungsnetzstruktur in der ehemaligen DDR nach 1990 war zum Beispiel das genaue Gegenteil davon. Das heißt, jetzt sollten die Partizipationsmöglichkeiten hochgefahren werden und das Denken und Reden im privaten Lebenskreis im kommunalen Bezug beginnen. Die kommunale Energieplanung ist ein richtiger Schritt.

Ich würde mir wünschen, die FR würde dem Feld dieser Debatte diesen persönlichen Zuschnitt geben und die relevanten Themen mit den sozialpsychologischen und soziokulturellen Dimensionen umreißen. Denn es müssen Befürchtungen und Ängste aufgegriffen werden und ehrliche Konzepte zur Lebensgestaltung entwickelt werden, in denen überflüssige schädliche Wohlstandskonventionen analysiert und einer Änderung zugeführt werden. Es braucht Phantasie, positive Entwicklungschancen für ein Lebensglück in einer kollektiv gestalteten konsensorientierten Umgestaltung zu erkennen. Ich wünsche mir

künftig dazu eine feste Rubrik in der hervorragenden Klimaseite dieser Zeitung.

Peter Hartwig, Ginsheim-Gustavsburg

Das Mantra der FDP wird sich als illusionär erweisen

Es war erst das Urteil vom März 2021 des Bundesverfassungsgerichtes nötig, um der damaligen großen Koalition aus CDU und SPD aufzuzeigen, dass die Regelungen des Klimaschutzgesetzes von 2019 mit den Grundrechten unvereinbar waren, weil sinngemäß die Lasten unumkehrbar auf zukünftige Generationen verlagert werden und diesen Generationen jede Gestaltungsfreiheit genommen wird. Das heißt, die damalige CDU/SPD-Koalition handelte bei der Verschärfung Ende 2021 nicht aus Überzeugung und Verantwortungsbewusstsein für zukünftige Generation, sondern gezwungenermaßen.

Im Grunde geht es beim aktuellen Heizungsgesetz darum, das verschärfte Klimagesetz der ehemaligen CDU/SPD-Regierung in gesetzliche Regelungen zu gießen. Die aktuelle Auseinandersetzung zeigt wieder, dass die Verzögerungskräfte, die den Auftrag des Bundesverfassungsgesetzes missachten, an Oberhand gewinnen. Insbesondere die FDP im Zusammenspiel mit „Bild“ versucht, erfolgreich Klimaschutzmaßnahmen zuungunsten der fossilen Energieunternehmen mit den bekannten Mitteln der Desinformation und Diskreditierung zu verzögern.

Am 18.4. stimmt Finanzminister Lindner in der Sitzung des Koalitionsausschusses dem Entwurf des Heizungsgesetzes mit einer Protokollnotiz zu. Abends verschickt die FDP eine Presseerklärung mit dem Inhalt, dass es gelungen sei, Technologieoffenheit, Wirtschaftlichkeit und sozial Ausgewogenheit zu verankern. Nur drei Tage später rockt der FDP-Abgeordnete Schäffler den Parteitag mit dem Begriff Heizungsverbotsgesetz und suggeriert, dass Heizungen grund-

sätzlich verboten werden sollen. Schäffler war übrigens Klimaskeptiker. Am 25.4. behauptet der Fraktionsvorsitzende Dürr wahrheitswidrig bei Lanz, dass in dem Entwurf des Heizungsgesetzes drinstand, dass am 1.1.24 auch funktionierende Gas-/Ölheizungen rausgerissen werden und durch eine Wärmepumpe ersetzt werden sollen. Nachdem der Gesetzentwurf an die „Bild“ durchgestochen wurde, bestimmen Falschinformation und Übertreibungen die öffentliche Diskussion.

Technologieoffenheit im Sinne der FDP bedeutet, bestehende Technologien wie Wärmepumpen zu diskreditieren und auf Technologien zu setzen, die wir nicht haben (Wasserstoff, Kernfusion). In der Zwischenzeit gilt: „Weiter so!“ mit Öl und Gas. Die Heftigkeit der Auseinandersetzung hat aber auch gezeigt, dass Klimaschutz kein Wohlfühlthema mehr ist, bei dem es reicht, sich ein E-Auto zu kaufen oder eine Photovoltaikanlage zu nutzen.

Das Mantra der FDP – keine Verbote, kein Verzicht, keine Wohlstandsverluste – wird sich als Illusion herausstellen. Nachdem die FDP sich geweigert hat, die gesetzlichen Vorgaben des aktuellen Klimaschutzgesetzes zum Sektor Verkehr zu erfüllen, wird das neu überarbeitete Klimaschutzgesetz nun entsprechend aufgeweicht. Wieder ein Schritt zurück zu Lasten künftiger Generationen. Die aktuelle Meldung, dass der Nordatlantik mit rund 23 Grad, die höchste Temperatur seit 40 Jahren erreicht, bestätigt den Trend.

Klimaschutz scheint für viele Menschen noch ein eher abstrakter Begriff zu sein. Streng genommen benötigt das Klima unseren Schutz nicht. Was wir schützen müssen, ist die Menschheit vor den Auswirkungen des Klimawandels. Es ist an der Zeit, Klimaschutz durch Menschheitsschutz zu ersetzen.

Martin Morgenroth, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/waerme



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE
Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230620

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert die Online-Diskussion „Wachsende Armut in Hessen: Welche Lösungen hat die Politik?“ des Paritätischen Hessen. Mit Andreas Aust (Paritätische Forschungsstelle), Claudia Ravensburg (CDU), Marcus Bocklet (Grüne), Lisa Gnadl (SPD), Yanki Pürsün, (FDP), Christiane Böhm (Linke). Anmeldung unter paritaet-hessen.org
Mittwoch, 21. Juni, 17 Uhr

Stephan Hebel referiert und diskutiert zum Thema „Die Rolle der (un)abhängigen öffentlichen Medien für Demokratie und Diskurs – nicht nur, aber auch in Zeiten des Krieges“. **Donnerstag, 29. Juni, 19 Uhr**
Kulturcafé Windrose, Strackgasse 6 Oberursel

Peter Hanack leitet die Gesprächsrunde der Liga der Freien Wohlfahrtspflege zur Frage, wie „Jugendberufshilfe zu mehr Chancengerechtigkeit“ beitragen kann. Es nehmen teil: die fachpolitischen Sprecher:innen der Landtagsfraktionen. **Freitag, 30. Juni, 11 Uhr**
Hessisches Diakoniezentrum Industriestraße 7 Schwalmstadt

Rendezvous mit Realität

Zu: „Im Dilemma der Realpolitik“, FR-Titel vom 19. Juni

Die derzeitige politische Selbstreflexion der Grünen führt noch nicht weit genug. Schließlich hat das Rendezvous mit der Realität nicht erst beim EU-Asylkompromiss, sondern schon bei der Wärmewende stattgefunden, indem man vor allem den verhängnisvollen taktischen und strategischen Fehler begangen hat, einfach Entscheidungen über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg zu treffen, anstatt sich vorher im Sinne eines guten und professionellen Projektmanagements ausreichend mit deren Lebenswirklichkeit näher zu beschäftigen.

Wobei in diesem ganz konkreten Fall noch erschwerend hinzukommt, dass es zudem unglaubwürdig und auch abgehoben innerhalb der Bevölkerung ankommen muss, wenn ausgerechnet eine Partei für sich in Anspruch nimmt, nicht weniger als eine gesamte Volkswirtschaft umbauen zu wollen, deren Führungspersonal nicht selten in ihren Lebensläufen über so gut wie keinerlei echte Berufserfahrung über die realen Prozesse innerhalb der freien Wirtschaft verfügt.

Deshalb hilft hier nur eine deutlich bessere Erdung aus der Misere, damit der Klimaschutz nicht weiter gegen die Wand gefahren wird und doch noch zu einem Erfolgsmodell wird, wie es etwa die skandinavischen Länder bereits in einem starken gesellschaftlichen Konsens vormalig!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Nehmt das Auto!

Zu: „Saftige Tarifierhöhung im RMV“, FR-Region vpm 16. Juni

Die Botschaft an Gelegenheitsnutzer ist eindeutig: Nehmt das Auto! Schon jetzt sind die Tarife für Einzeltickets unangemessen, vor allem wenn man unmittelbar jenseits der Frankfurter Tarifgrenze wohnt. Kaum jemand wird bereit sein, circa 13 Euro für Hin- und Rückfahrt von jeweils 15 Minuten Fahrtzeit zu bezahlen.

Gelegenheitsnutzer sollen also die Einnahmeausfälle aufgrund der günstigen Flatrate-Tickets kompensieren? Eine Vorstellung, die an Absurdität kaum zu überbieten ist.

Ulf Döbert, Steinbach

Die vielen Fahrgäste stören möglicherweise

Mit derart hohen Fahrpreisen schafft der Rhein-Main-Verkehrsverbund es nicht, Menschen vom Auto in die öffentlichen Verkehrsmittel zu holen. Es hat den Anschein, dass dies auch gewollt ist. Stören die vielen Fahrgäste etwa den Ablauf der Dienste?

Jürgen Wunderwald, Bruchköbel

Ringen um demokratische Werte

Andrea Ypsilanti ist aus der SPD ausgetreten: „Es spricht für die SPD, dass es Streit gibt“, FR-Region vom 16. Juni

In Einigkeit transparent für die Zukunft Hessens

Es ist beängstigend zu verfolgen, wie sich die SPD, aktuell in Hessen, selbst demontiert. Dabei lagen meine Hoffnungen für die Landtagswahl auf dieser Partei. Die Grünen tragen in Hessen leider nur ein leichtes grünes Mäntelchen über schwarzem Kern, die CDU kann man nicht ohne starkes Korrektiv laufen lassen, die FDP als Verhinderer von Energie- und Klimaschutz stehen außer Diskussion, die Linke kämpft ums Überleben. Ist den Parteimitgliedern der SPD bewusst, dass sie durch Flucht – leider nicht nach vorne – auch die Zukunft Hessens anderen überlässt und die Wählerinnen und Wähler weiter in Politikverdross-

senheit und Perspektivlosigkeit treibt? Statt das Feld zu räumen, wäre es zum Wohle der Gesellschaft angesagt, innerparteilich hart um demokratische Werte zu ringen, gemeinsamen nach menschenwürdigen Lösungen zu suchen und diese in Einigkeit transparent und für alle verständlich zu guten Zielen für die Zukunft Hessens voranzutreiben. Ansonsten sehe ich sehr schwarz für Hessen. Sylvia Weydert, Frankfurt

Keine angemessene Würdigung

Herr Schroeder unterstellt in seinem Interview, dass Ypsilanti Austritt aus der SPD für die SPD irrelevant, eine Reminiszenz an eine unglückliche Vergangenheit und durch den Wunsch nach

Aufmerksamkeit motiviert sei. Ich halte diese Sichtweise für in hohem Maße herablassend und entwertend. Anscheinend kann sich Herr Schroeder nicht vorstellen, dass für eine Person, die eng mit der SPD verbunden war, der Moment gekommen sein kann, in der sie bestimmte Positionen, hier in der Asylpolitik, nicht mehr mittragen kann und will und daraus Konsequenzen zieht. Als Vorsitzende des Petitionsausschusses des hessischen Landtages war Ypsilanti auch mit den Problemen von Asylverfahren befasst und vor diesem Hintergrund besonders sensibel für dieses Thema. Ich hätte mir einen sachlicheren Blick auf ihren Austritt aus der SPD und eine angemessene Würdigung ihrer Leistungen gewünscht. Karin Flaake, Frankfurt